

Ein neuer ›kalter Krieg‹? Friedensethisch relevante geopolitische Trends

Drei sicherheitspolitisch relevante weltpolitische Trends verdienen Aufmerksamkeit auch in der friedensethischen Diskussion.¹

Erstens: Im sicherheitspolitischen Diskurs der Vereinigten Staaten ist die machtpolitische Konkurrenz mit einem aufstrebenden China sowie einem wiedererstarkenden Russland seit einigen Jahren in den Brennpunkt gerückt. Die USA, im vorherrschenden Selbstverständnis seit dem Zweiten Weltkrieg der globale Garant von Sicherheit und Stabilität, sind aus dieser mittlerweile die außenpolitische Debatte prägenden Sicht einer neuen strategischen Konstellation ausgesetzt. China und Russland werden weithin als »revisionistische« Staaten wahrgenommen, die ihre Macht und ihren Einfluss auf Kosten der USA und der von ihr geführten internationalen Ordnung ausweiten wollen und sich dabei aller Mittel im »Graubereich« unterhalb der Schwelle eines Krieges mit den USA bedienen. In China dagegen gelten die USA als revisionistische Macht, die seit Ende des Ost-West-Konflikts danach trachtet, die internationale Umwelt umzugestalten. Moskau wiederum wertet das Vordringen der USA in den post-sowjetischen Raum als Ausdruck einer revisionistischen Politik auf regionaler Ebene.

Peter Rudolf, Dr. phil., geb. 1958, Studium der Politikwissenschaft, Katholischen Theologie und Pädagogik in Mainz, Promotion in Frankfurt am Main, Habilitation im Fach Politikwissenschaft in Augsburg, Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. Buchveröffentlichungen u.a.: Zur Legitimität militärischer Gewalt, Bonn: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 2017; (Hg. zusammen mit Ines-Jacqueline Werkner), Rechtserhaltende Gewalt – Zur Kriteriologie, Wiesbaden: Springer VS, 2019.
GND: 141540737

DOI: [10.18156/eug-2-2021-art-1](https://doi.org/10.18156/eug-2-2021-art-1)

Zweitens: Geopolitisch begründete Großmachtrivalitäten sind gefährlich – für die internationale Ordnung wie für die weltweite Sicherheit. Sie bringen das Risiko eines Krieges hervor, und damit ändert sich auch der Stellenwert nuklearer Abschreckung. Sie ist nicht länger eher ein Hintergrundfaktor, wie das in der Periode nach dem Ost-West-

(1) Im Folgenden handelt es sich um eine Zusammenfassung von Forschungsergebnissen des Autors, die in Inhalt und Formulierung auf einige frühere Veröffentlichungen zurückgreift, in denen ausführliche Belege zu finden sind, auf die hier verzichtet wird (Rudolf 2018; 2018a; 2019; 2020; 2020a; 2021; 2021a).

Konflikt der Fall war. Die Hoffnung, das Abschreckungssystem durch atomare Abrüstung zu überwinden, hat getrogen. Die Rüstungskontrolle ist erodiert, die Modernisierung der Kernwaffenarsenale schreitet voran. Nukleare Abschreckung gewinnt in der Ära neuer Großmachtrivalitäten und damit einhergehender Bedrohungsvorstellungen erhöhte Bedeutung. Zugleich könnte die strategische Stabilität in Zukunft weit gefährdeter sein – aufgrund von Fortschritten bei der Cyber-Kriegsführung, aber auch bei weitreichenden zielgenauen konventionellen Waffen, Anti-Satelliten-Waffen, der (amerikanischen) Raketenverteidigung und autonomen Waffensystemen.

Drittens: Die beiden genannten Konfliktlinien sind strukturprägend für die internationale Politik. Der amerikanisch-russische Konflikt erschwert die Entwicklung einer stabilen europäischen Sicherheitsordnung. Die sich intensivierende strategische sino-amerikanische Rivalität enthält die Ingredienzien, sich zu einem strukturellen Weltkonflikt zu verdichten. Die Rede von einer Art neuem Kalten Krieg, die in der amerikanischen Diskussion vielfach geführt wird, ist daher nicht ganz abwegig.

⇒ Die Ära neuer Großmachtkonflikte

Wenn im Folgenden von Großmachtrivalitäten die Rede ist, dann handelt es sich um eine Vereinfachung. Keineswegs können die USA, China und Russland mit Blick auf ihre Machtpotentiale ein und derselben Kategorie zugeordnet werden. Nach wie vor sind die USA als Supermacht allen anderen voraus, gefolgt von China als potenzieller Supermacht, während Russland als Großmacht zu betrachten ist.

Russland versucht seit Putins erneuter Wahl zum Präsidenten im Jahre 2012, seinen Einfluss über die eigene Peripherie und die dort beanspruchte »privilegierte Interessensphäre« hinaus zulasten der USA auszuweiten, und nutzt dabei die Chancen, die sich ergeben. Die Hegemonie der USA wird in Moskau weithin als eine Gefahr für die eigenen Kerninteressen – Regimesicherheit, Vorrangstellung im »Nahen Ausland«, Großmachtstatus – angesehen. Die bis etwa 2007 herrschende Erwartung, der Westen werde auf diese Bedürfnisse Rücksicht nehmen, so dass sie sich im Rahmen einer integrativen Politik gewährleisten ließen, hat sich aus russischer Sicht zerschlagen. Dabei ist ordnungspolitisch nicht alles zwischen den USA und Russland strittig. Auch Russland wünscht das System der Vereinten Nationen (VN) zu bewahren, wenngleich die Vorstellungen zu staatlicher Souveränität sich gegen das »moderne« liberale westliche Ver-

ständnis richten. Die entscheidende ordnungspolitische Konfliktlinie zwischen den USA und Russland ist die geopolitische: der russische Anspruch auf eine Einflussosphäre in früheren Sowjetrepubliken. Die baltischen Staaten gehören, folgt man einer Analyse der im Auftrag des Pentagon forschenden amerikanischen RAND-Corporation, nicht dazu. Eine Einverleibung des Baltikums wird in der russischen Diskussion nicht als strategisches Interesse formuliert.

Moskau fordert Washington zwar heraus, verfügt aber nicht über die Machtmittel, den USA ihre globale Vormachtstellung streitig zu machen. Anders verhält es sich im Falle von China. Das amerikanisch-chinesische Konfliktsyndrom setzt sich aus mehreren Elementen zusammen. Seine Grundlage bildet eine regionale, aber auch zunehmend globale Statuskonkurrenz. In den USA hat Chinas erwarteter und tatsächlicher Machtzuwachs Ängste vor einem Statusverlust hervorgerufen. China wird als langfristige Bedrohung für die internationale Führungsposition der USA wahrgenommen, also auch für die damit verbundenen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Privilegien und Vorteile. Diese Konkurrenz um Einfluss mischt sich mit einem ideologischen Antagonismus, der auf amerikanischer Seite inzwischen stärker in den Mittelpunkt gerückt ist. Ein wichtiger Grund dafür dürfte sein, dass der Systemkonflikt innenpolitisch mobilisierende Kraft in der machtpolitischen Konkurrenz entfaltet. Schon diese Mischung aus Statuskonkurrenz und ideologischer Differenz gibt dem Konfliktsyndrom seinen besonderen Charakter. Da sich die USA und China seit der Taiwan-Krise 1996 (wieder) als potentielle militärische Gegner sehen und die Planungen danach ausrichten, prägt auch das Sicherheitsdilemma die Beziehungsstruktur. Beide Seiten sind nicht besonders sensibel für dadurch ausgelöste wechselseitige Bedrohungsvorstellungen. Denn die Antagonisten verstehen sich selbst als defensive, friedliche Mächte, unterstellen der jeweils anderen Seite aber offensive Absichten.

Da China und USA potentielle militärische Kontrahenten und nicht nur Statuskonkurrenten und Systemantagonisten sind, lässt sich das Verhältnis der beiden als komplexe strategische Rivalität verstehen. Diese ist besonders an der maritimen Peripherie Chinas ausgeprägt, dominiert von militärischen Bedrohungsvorstellungen und der amerikanischen Auffassung, China wolle in Ostasien eine exklusive Einflussosphäre etablieren. Im Südchinesischen Meer kollidiert der amerikanische Anspruch auf freien Zugang zu den Weltmeeren mit dem chinesischen Bestreben, eine Sicherheitszone zu errichten und die amerikanische Interventionsfähigkeit zu konterkarieren.

Weniger bedeutsam, aber gleichwohl vorhanden sind die militärischen Bedrohungsperzeptionen in der globalen Einflusskonkurrenz, die mittlerweile auch die Arktis umfasst. Wie die Kampagne gegen den chinesischen Konzern Huawei zeigt, ist die globale Einflusskonkurrenz aufs engste mit der technologischen Dimension der amerikanisch-chinesischen Rivalität verwoben. Es geht dabei um die Vorherrschaft im digitalen Zeitalter. Diese Dimension des Konflikts ist deshalb so essentiell, weil technologische Führung weltwirtschaftliche Wettbewerbsvorteile schafft und die Basis für militärische Überlegenheit sichert.

⇒ Die Wiederkehr nuklearer Abschreckung

Noch immer sind die amerikanisch-russischen Beziehungen vor allem von der »strategischen Interdependenz« bestimmt, die sich aus der wechselseitigen atomaren Vernichtungsfähigkeit ergibt. Folge ist eine Nukleargegnerschaft, die in den mehr als 30 Jahren seit Auflösung der Sowjetunion nicht überwunden werden konnte. Aufgrund der wechselseitigen Vernichtungsfähigkeit blieb auch nach Ende des Ost-West-Konflikts die atomare Rüstungskontrolle die zentrale Dimension der bilateralen Beziehungen. Die USA und Russland haben ihre Bestände an Nuklearwaffen seit Beginn der 1990er Jahre reduziert, doch zusammen verfügen sie noch immer über rund 90 Prozent aller Atomwaffen weltweit. Nach den Bestimmungen des New Strategic Arms Reduction Treaty (New START) haben USA und Russland die Zahl ihrer gefechtsbereit stationierten strategischen Gefechtsköpfe auf jeweils 1550 verringert. Ungeachtet dieser Beschränkungen aber schreitet die Modernisierung der strategischen Atomwaffenarsenale beider Seiten voran.

Nirgendwo deutlicher als in der Aufrechterhaltung der prompten Einsatzfähigkeit von Hunderten Raketen mit etwa 900 Atomgefechtsköpfen auf jeder Seite zeigt sich jedoch, in welchem Maße die nukleare Gegnerschaft aus der Zeit der Ost-West-Konfrontation fort dauert. Beide Seiten halten an der Option fest, notfalls unter höchstem Zeitdruck die Entscheidung zum Einsatz ihrer Arsenale treffen zu können, sobald die Frühwarnsysteme den Abschuss gegnerischer Raketen melden (»prompt launch«). So sollte und soll verhindert werden, dass die eigenen Atomwaffen durch einen Erstschlag ausgeschaltet werden. Die Sorge vor einem entwaffnenden nuklearen Erstschlag spielte zur Zeit des amerikanisch-sowjetischen Antagonismus eine große Rolle; dieses »Worst-case«-Szenario lag den Planungen zugrunde

und prägte die nuklearen Dispositive. Und an deren Struktur hat sich allen Abrüstungsvereinbarungen zum Trotz bis heute nichts grundlegend verändert.

Die amerikanisch-chinesische Rüstungskonkurrenz im nuklearen Bereich war lange gebremst, dürfte aber Fahrt aufnehmen. Traditionell erteilt China dem Ersteinsatz von Atomwaffen in seiner deklaratorischen Nukleardoktrin eine Absage und setzt auf eine »schlanke und effektive« Abschreckungsfähigkeit, auf eine Minimalabschreckung gesicherter Vergeltungsfähigkeit. In Peking wird befürchtet, die von Washington betriebene Entwicklung von Kapazitäten zu Aufklärung, Überwachung und zum »conventional prompt global strike« sowie der Aufbau von Raketenverteidigungssystemen könne die chinesische Zweitschlagsfähigkeit gefährden. Noch ist das chinesische Nukleararsenal zahlenmäßig im Vergleich zu denen der USA und Russlands sehr begrenzt. Offizielle Angaben gibt es nicht; nach Schätzungen verfügt China über rund 290 Atomsprengköpfe. Ein gewisser Ausbau dieses Potentials ist jedoch im Gange und erregt in den USA mittlerweile beträchtliche Beunruhigung. Dazu scheint auch eine größere Zahl von Raketen mit Mehrfachgefechtsköpfen zu gehören. Die USA stehen unter anderem vor der Frage, ob sie im Verhältnis zu China die eigene nukleare Verwundbarkeit hinnehmen werden, die sich aus der Stationierung mobiler Interkontinental- oder seegestützter ballistischer Atomraketen ergeben mag, oder ob sie eine Strategie der Schadensbegrenzung verfolgen, sprich: die Fähigkeit zur präemptiven Ausschaltung des chinesischen Nukleararsenals sicherstellen wollen.

Eine gesicherte chinesische Zweitschlagsfähigkeit könnte, so die Befürchtung, die in der amerikanischen Diskussion zu vernehmen ist, in Krisen zu einer höheren Risikobereitschaft Chinas führen: In der nuklearstrategischen Debatte wird dies als »Stabilitäts-Instabilitäts-Paradoxon« bezeichnet. Gemeint ist, dass Stabilität auf strategischer Ebene eine Seite womöglich dazu verleitet, begrenzte Gewalt in der Erwartung einzusetzen, die andere werde vor einer nuklearen Eskalation zurückschrecken, da diese zu beidseitiger Zerstörung führen könnte. Eine gesicherte chinesische Zweitschlagsfähigkeit droht nach dieser Auffassung unter den amerikanischen Verbündeten in Asien Zweifel an der »erweiterten Abschreckung« hervorzurufen. Folgen die USA der bisherigen Linie nuklearer Abschreckungspolitik – der Sicherstellung präemptiver schadensbegrenzender »Counterforce«-Optionen als Voraussetzung glaubwürdiger erweiterter Abschreckung –, dann dürfte eine intensiviertere Rüstungskonkurrenz die Folge sein. Dies bliebe vermutlich nicht ohne Auswirkungen auf die Bezie-

hungen zwischen beiden Staaten und könnte Risiken für die Krisenstabilität nach sich ziehen, sollte China die Einsatzbereitschaft seiner Atomwaffen erhöhen und die Fähigkeit aufbauen, im Falle eines gegnerischen Erstschlags die eigenen Raketen zu starten, sobald Frühwarnsysteme einen solchen Angriff melden.

Die Renaissance nuklearer Abschreckung im Zuge sich intensivierender Großmachtkonkurrenzen lässt wenig Spielraum für nukleare Abrüstung. Wenn nukleare Abrüstung ein »notwendiges, wenn auch nicht hinreichendes Instrument einer Transformation ihrer Beziehungen ist, um Vertrauen zwischen ihnen zu schaffen« (Müller 2014, 109), dann drohen die Renaissance der nuklearen Abschreckung und die Instabilitätsrisiken, die sich aus der technologischen Entwicklung ergeben, Misstrauen geradezu zu zementieren. Es sind Entwicklungen bei strategischen nicht-nuklearen Waffen, bei der Raketenverteidigung, den Antisatellitenwaffen, der U-Bootbekämpfung, zielgenauen konventionellen Waffen und im Cyberbereich, die Befürchtungen wecken, die eigenen Nuklearwaffen könnten ausgeschaltet werden, ohne dass der Gegner Nuklearwaffen einsetzen muss. Wenn, wie Experten konstatieren, die Fähigkeiten wachsen, Nuklearwaffen mit nicht-nuklearen Mitteln auszuschalten, hat das Konsequenzen für die nukleare Abrüstung. Denn kleinere Nukleararsenale sind tendenziell verwundbarer als größere – und damit könnte aus Sicht eines potentiellen Angreifers das Risiko sinken, einer verheerenden Gegenreaktion ausgesetzt zu sein.

Strategische Stabilität – so wird das weithin gesehen – ist gefährdet durch drei Faktoren: die Entwicklung multipler nuklearer Gegnerschaftsbeziehungen; das Ein- und Zusammenwirken neuer Technologien und den weitgehenden Verfall der Rüstungskontrolle in den amerikanisch-russischen Beziehungen. Ungewiss ist die Aussicht, dass sie »neu erfunden« werden kann. Der Verweis auf die Abrüstung, die wir ja alle wollen, ist in der deutschen Politik der beliebte Weg, um der ungeliebten Diskussion über die nukleare Abschreckung und die nukleare Teilhabe Deutschlands innerhalb der Nato auszuweichen.

⇒ Der sino-amerikanische Weltkonflikt

Die strategische Rivalität zwischen USA und China enthält die Ingredienzen, sich zu einem »strukturellen Weltkonflikt« (den Begriff hat der Politikwissenschaftler Werner Link einst für den Ost-West-Konflikt geprägt) mit wirtschaftlichem und militärischem Risikopotential zu verfestigen. Dieser Konflikt hat nicht nur eine subjektive Dimension,

weil an seinem Austrag beteiligte Akteure ihn aus dieser Perspektive wahrnehmen, sondern auch eine objektive, weil er für die internationale Politik strukturbildend zu werden beginnt. Die Großmachtrivalität zwischen USA und China könnte dazu führen, dass sich eine neue »geökonomische Weltordnung« herausbildet, in der die Frage der relativen Nutzenverteilung und die Sorge vor den sicherheitspolitisch problematischen Folgen wirtschaftlicher Interdependenz eine weit wichtigere Rolle spielen als in den letzten Jahrzehnten. Sollte die Entwicklung in diese Richtung gehen, wäre dies nicht allzu überraschend. Machtrivalitäten tendieren nach historischer Erfahrung dazu, sich auf die wirtschaftlichen Beziehungen auszuwirken.

Werden wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen unter diesen Aspekten dauerhaft neu justiert, könnte das Integrationsniveau sinken, bis hin zu einer Art De-Globalisierung. Nicht auszuschließen ist auch, dass der Prozess wechselseitiger selektiver Abkopplung tendenziell zur Entstehung zweier Ordnungen führt, die eine von den USA dominiert, die andere von China. Eine solche Bipolarisierung des internationalen Systems würde Deutschland, würde Europa in eine schwierige Lage bringen.

Gewiss hat Europa ein Interesse daran, nicht zum Objekt chinesischer Weltmachtspolitik zu werden. Doch Chinas Aufstieg berührt die USA und Europa in unterschiedlichem Maße, so dass auch die Bedrohungswahrnehmungen weiterhin voneinander abweichen werden. Zwischen Europa und China besteht weder ein Statuskonflikt noch eine globale Einflusskonkurrenz. Außerdem prägen keine Sicherheitsdilemmata die Beziehung. Die sicherheitspolitische Perspektive ist nicht vorrangig und überschattet daher auch nicht alle Bereiche. Europäische und amerikanische Interessen sind daher mit Blick auf China nicht deckungsgleich. Zwar hat die Covid-Pandemie auch in Europa zu einer veränderten Sicht der Abhängigkeiten von China geführt; jedoch nicht im Sinne einer möglichst weiten Entkopplung, sondern einer Diversifizierung von Lieferketten und Produktionsstätten. Für Deutschland und Europa wird sich mehr denn je die Frage stellen, wie man sich im amerikanisch-chinesischen Konflikt positioniert, wieviel Schulterschluss mit den USA geboten, wieviel eigenständige Politik gegenüber China notwendig und möglich ist.

⇒ Fazit

Wir leben in einer weltpolitischen Konstellation, in der alte Pfeiler der deutschen und europäischen Außenpolitik erodieren, in der die regel-

basierte multilaterale Ordnung geschwächt ist, die weitgehende Isolierung wirtschaftlicher Beziehungen von geopolitischen Rivalitäten nicht länger gilt, der freie Handel in einer globalisierten Wirtschaft eher als Gefahr denn als Chance gesehen wird und die Zukunft der USA als Ordnungsmacht ungewiss bleiben dürfte. Die Verlässlichkeit der USA – das haben die Jahre unter Präsident Trump gezeigt – steht dauerhaft in Frage angesichts der Möglichkeit eines abrupten Kurswechsels von Administration zu Administration. Die große Stimmenzahl, die Trump 2021 erhielt, der Einfluss, den Trump und der »Trumpismus« auf die Ausrichtung der Republikanischen Partei ausüben, haben eine Unberechenbarkeit geschaffen, mit denen andere Staaten mit Blick auf die amerikanische Außenpolitik längerfristig rechnen müssen. In dieser Situation ist es ein Gebot politischer Klugheit, mehr denn je über eine Politik der strategischen Risikoabsicherung nachzudenken, über eine Politik, die die eigenen außenpolitischen Handlungsmöglichkeiten zu bewahren, zu erweitern und gegebenenfalls zu flexibilisieren sucht. Recht verstanden verbirgt sich dies hinter der Vision einer strategischen Autonomie Europas.

⇒ Literaturverzeichnis

Müller, Harald (2014): Großmächtebeziehungen, Abschreckung und nukleare Abrüstung. Ein Perspektivwechsel, in: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung, 3 (1), 99–129.

Rudolf, Peter (2018): US-Geopolitik und nukleare Abschreckung in der Ära neuer Großmachtrivalitäten, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Rudolf, Peter (2018a): Aporien atomarer Abschreckung. Zur US-Nukleardoktrin und ihren Problemen, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Rudolf, Peter (2019): Der amerikanisch-chinesische Weltkonflikt, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Rudolf, Peter (2020): Deutschland, die Nato und die nukleare Abschreckung, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik.

Rudolf, Peter (2020a): Transatlantische Ungewissheiten und strategische Risikoabsicherung, in: Barbara Lippert; Günther Maihold (Hg.): Krisenlandschaften und die Ordnung der Welt, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 91–94.

Rudolf, Peter (2021): The Sino-American World Conflict, in: Survival, 63 (2), 87–114.

Rudolf, Peter (2021a): U.S. Geopolitics and Nuclear Deterrence in the Era of Great Power Competitions, in: Political Science Quarterly, 136 (1), 129–153.

Zitationsvorschlag:

Rudolf, Peter (2021): Ein neuer ›kalter Krieg‹? Friedensethisch relevante geopolitische Trends. (Ethik und Gesellschaft 2/2021: Friedensethik und Geopolitik). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-2-2021-art-1> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für sozialetik

2/2021: Friedensethik und Geopolitik

Peter Rudolf: Ein neuer ›kalter Krieg‹? Friedensethisch relevante geopolitische Trends

Wolfgang Huber: Streit um den gerechten Frieden – Aktuelle Herausforderungen der Friedensethik

Bernhard Koch: Die kirchliche Friedensdebatte – Beobachtungen aus philosophischer Sicht

Julian Zeyher-Quattlander: Wieviel Gewaltfreiheit verträgt der Gerechte Frieden? Zur gegenwärtigen Debatte um Aufbrüche jenseits der Rechtsethik innerhalb der evangelischen Friedensethik in Deutschland

Max Weber: To Hack Back or Not? Eine friedensethische Analyse von Cyberoperationen vor dem Hintergrund des Leitbilds des Gerechten Friedens

Nicole Kunkel: Autoregulative Waffensysteme. Automatisierung als friedensethische Herausforderung – ein Werkstattbericht